

Editorial

Liebe Leser*innen,
Liebe Genoss*innen,

Hier nun die achte Ausgabe unseres Newsletter. Wie gewohnt mit einem Bericht aus der vergangenen Ratssitzung vom 30.10.2018.

Darüber hinaus findet ihr auf der zweiten Seite unsere Forderungen zu den diesjährigen Haushaltsberatungen und die Vorstellung des „Osnabrücker Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“.

Auf unserer Website gibt's nun auch eine Audioaufnahme zur Veranstaltung „Stirb langsam! Sind unsere Kommunen noch zu retten?“ mit Axel Troost.

Hier der Link zum nachhören: <http://www.linksfraktion-os.de/>

Viel Spaß bei der Lektüre und bis bald!

Solidarische Grüße,

Giesela, Heidi, Anke und Lars

Termine

19.11.2018 Fraktionssitzung, Rathaus, Ludwig-Windthorst, 17:30 Uhr

03.12.2018 Fraktionssitzung, Rathaus, Ludwig-Windthorst, 17:30 Uhr

04.12.2018 Ratssitzung, 17:00 Uhr

10.12.2018 Jahresabschluss mit anschließendem Weihnachtsmarktbesuch. Bei Interesse, meldet euch bei uns!

Wann und wo die nächsten Ausschusssitzungen stattfinden, lässt sich über das [Ratsinformationssystem](#) herausfinden.

Rückblick Oktober-Sitzung

Die vorletzte Ratssitzung des Jahres stand am 30. Oktober an. Die letzte Sitzung vor dem Haushaltsabschluss im Dezember. Auch die letzte Möglichkeit noch einmal Anträge abseits der Haushaltsberatungen zu formulieren und zur Diskussion zu stellen.

Unsere Fraktion nutzte dieses um auf ein landespolitische Thema mit Ausstrahlungswirkung auf die kommunale Ebene aufmerksam zu machen und um noch einmal vor den Haushaltsberatungen grundsätzliche Kritik am kommunalen Finanzsystem zu formulieren.

Mit unserem [Antrag zum geplanten Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsgesetz \(kurz NPOG\)](#) wollten wir die Diskussion dazu in den Osnabrücker Stadtrat holen. Wir forderten in unserem Antrag die Kritik und Skepsis aus der Bevölkerung ernst zu nehmen und die Landesregierung aufzufordern zum NPOG eine Bürger*innenbeteiligung durchzuführen. Nach Bekanntwerden der Pläne der Landesregierung ein neues Polizeigesetz zu beschließen, formierte sich recht schnell im ganzen Land Widerstand. Auch in unserer Stadt gibt es ein breites Bündnis. Es gab eine Demonstration mit über 1.000 Menschen und die gemeinsame Mobilisierung zur Großdemo in Hannover im vergangenen September – ein voller Erfolg, es handelte sich um die größte Demonstration des Jahres in Niedersachsen (bis jetzt). Leider nimmt unsere niedersächsische GroKo diese Bedenken nicht ernst und möchte das Gesetz nun in einem Sitzungsmarathon im November durch den Landtag jagen um es im Dezember noch beschließen zu können.

Und auch unsere Osnabrücker „GroKo“ vor Ort zeigte sich in der vergangen Ratssitzung einig darin unseren Antrag nicht behandeln zu wollen – mit Verweis auf mangelnde Zuständigkeit des Rates. „Aber genau hier vor Ort wird das Gesetz dann umgesetzt, unsere Osnabrücker Mitbürger*innen sind den verschärften Maßnahmen ausgesetzt, unsere Bevölkerung vor Ort protestiert gegen das Gesetz – wir sehen uns hier ganz klar als zuständig die Bedenken gegen das Gesetz aufzunehmen und über den Osnabrücker



Rat an die Landesregierung weiterzuleiten“, äußert sich unsere Ratsfrau Heidi Reichinek dazu. Leider gab es kein Durchkommen gegen die Ratsmehrheit von CDU und SPD. Heidi dazu: „Wir konnten dennoch unsere ablehnende Haltung zum Gesetzentwurf während der Sitzung einbringen und rufen dazu auf am 08.12.2018 gemeinsam nach Hannover zu reisen, um mit vielen anderen erneut gegen das NPOG zu demonstrieren!“

In unserem zweiten [Antrag forderten wir die Mitgliedschaft im Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“](#). Mit unserem Antrag wollten wir ein Zeichen gegen die jahrzehntelange Unterfinanzierung der Kommunen und die daraus resultierende kommunale Schuldenspirale setzen. Auch die Stadt Osnabrück ist seit Jahren verschuldet. Die günstigen Zinsen und guten Steuereinnahmen der letzten Jahre führen zwar zu Haushaltsüberschüssen – der Schuldenberg bleibt mit 120.000.0000 € an Kassenkrediten (im Alltagsgebrauch wäre dies der Dispo) im Jahr 2016. Seit Jahren geht es um Einsparungen und Schuldenabbau. Platz für freie Gestaltung und wahrhaftige kommunale Selbstverwaltung – Fehlanzeige. Dabei handelt es sich bei diesen Altschulden zu einem großen Teil um Lasten des Bundes oder der Länder – durch Aufgabenübertragung oft ganz ohne Finanzausgleich. So müssen die Kommunen immer mehr Aufgaben übernehmen, ohne dass es dafür die nötige finanzielle Ausstattung gab. Dieses sogenannte Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt's!“) wurde zu Lasten der Kommunen jahrelang verletzt.

Unsere Anträge zum Haushalt

Am 31. Oktober haben wir uns gemeinsam mit weiteren Genoss*innen zur Haushaltsklausur getroffen (an dieser Stelle vielen Dank für die Mitarbeit!)

Zunächst haben wir uns den Verwaltungsentwurf vorgenommen und im Anschluss Änderungen und eigene Vorschläge diskutiert und formuliert. Die nächsten Wochen werden nun die Vorschläge aller Fraktionen zum Haushalt 2019 besprochen. Am 04.12.2018 steht dann die letzte Ratssitzung an. Hier soll der Haushalt 2019 dann beschlossen werden.

Hier nun eine Übersicht über unsere Forderungen:

- Überschüsse für Sonderrückstellungen zur potentiellen Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft nutzen
- Kostenlose Schüler*innenbeförderung für alle
- Zukunftsrücklage für alternative Mobilität schaffen
- Keine weiteren Einsparungen beim städtischen Personal
- Mehr Geld für die Personalentwicklung, Ausbau von Fort- und Weiterbildungsangeboten
- Eine Vollzeitstelle für die Antidiskriminierungsstelle, ausserhalb des Gleichstellungsbüros

Fortsetzung Seite 1

Mit unserem Antrag wollten wir Mitglied des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ werden, um gemeinsam mit vielen anderen Kommunen für eine Neuausrichtung der kommunalen Finanzen zu streiten und einen Altschuldenfonds für überschuldete Kommunen zu fordern. Bislang sind über 70 Kommunen bundesweit Teil des Aktionsbündnis. Osnabrück bislang nicht und leider auch in Zukunft nicht—die anderen Fraktionen waren sich quer durch die Bank einig (mit Ausnahme der Piraten, die sich bei der Abstimmung enthielten), dass unsere Stadt sich nicht zu den verschuldeten Kommunen zählen sollte, das wäre u.a. „schlecht fürs Image und die Attraktivität“.

„Es geht darum gemeinsam mit anderen Kommunen die Stimme zu erheben und eine grundsätzliche Neugestaltung unsere Finanzen einzufordern!“, erklärt unsere Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz unser Unverständnis über die

Ablehnung des Antrags.

Weiter: „Wir mögen ja zur Zeit auf dem Papier ganz gute Jahre haben. Durch unsere Fokussierung auf den Schuldenabbau bleiben aber seit Jahrzehnten nötige Investitionen, z.B. in den Wohnungsbau, liegen. Wir sparen immer weiter beim Personal in der Verwaltung, obwohl wir dringend mehr Mitarbeiter*innen brauchen. Und wenn sich die Zinssituation bald ändert haben wir mit unseren Liquiditätsschulden in zweistelliger Millionenhöhe wieder ein riesiges Problem! Es kann nicht sein, dass wir lieber versuchen das alles selber zu lösen, anstatt unsere verfassungsmäßige finanzielle Grundausstattung bei Land und Bund einzufordern. Es braucht mehr gemeinsame Initiativen der Kommunen—nur so können wir Veränderungen erreichen! Sehr bitter, dass ein so parteiübergreifendes Aktionsbündnis auf so große Abneigung in unserem Stadtrat stößt!“

Kommunale Wohnungsbaugesellschaft jetzt!

Seit Jahren fordern wir im Rat die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft. „Niedrige Mieten, statt fetten Renditen“ kann nur mit einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft funktionieren, die sich auf dem Wohnungsmarkt gegen die gewinnorientierten Investoren positioniert! Wir freuen uns ausdrücklich über die Initiative der Osnabrücker Zivilgesellschaft für ein Bürgerbegehren.

Mehr Infos unter <http://bezahlbarer-wohnraum-osnabrueck.de/>

Jetzt unterschreiben!



Für uns im Rat

Giesela Brandes-Steggewentz
(Fraktionsvorsitzende)

0152/56750888

Heidi Reichinnek

0170/4060502

Fraktionsgeschäftsstelle

Anke Kuhn und Lars Wöllecke

Zimmer 19, Bierstraße 29/31

Öffnungszeiten:

Mo., Di. u. Do.: 09:00-14:00

Telefon:

0541/323 4595

eMail:

linksfraktion@osnabrueck.de

Online:

Website: linksfraktion-os.de

Twitter: [@linksfraktionos](https://twitter.com/linksfraktionos)

Facebook: [Fraktion DIE LINKE Osnabrück](https://www.facebook.com/Fraktion-DIE-LINKE-Osnabrueck)